

FREIE WÄHLER:

ZAKB-Pläne zur Windkraft prüfen

BERGSTRASSE. Die vom Zweckverband Abfallwirtschaft Kreis Bergstraße (ZAKB) am Standort der ehemaligen Kreismülldeponie bei Hüttenfeld geplante Windkraftanlage stößt auf wachsenden Widerstand der Bürger. Gerade die Aussage von Regierungspräsident Johannes Baron, dass die beabsichtigte Größe der Windenergieanlage gemäß gesetzlicher Vorgaben keine Öffentlichkeitsbeteiligung erfordere, stelle - so die Freien Wähler im Kreis Bergstraße - die so oft beschworene Bürgerbeteiligung auf den Kopf.

"Manche Politiker müssen erst noch begreifen, dass der Bürger nicht nur mit der immer wieder angeführten Transparenz ‚mitgenommen‘ werden, sondern auch selbst gestalten will", kritisiert der Vorsitzende der Freien Wähler, Walter Öhlenschläger, die Aussagen aus dem Regierungspräsidium.

Die Bürger einbinden

Echte Mitgestaltung bedeute aber Einbindung und Mitsprache der Bürger, bevor ein solches Projekt "den Rubikon überschritten" habe und die angefallenen Kosten eine Umkehr unmöglich machen. Die angekündigte Bürgerversammlung in Lampertheim dürfe aus diesem Grunde keinesfalls erst im Herbst stattfinden.

Als "unabdingbare Selbstverständlichkeit" erachten die Freien Wähler dabei die geforderten Windmessungen zur Klärung der Wirtschaftlichkeit der projektierten Anlage. "Für den Fall, dass die Bürgerinnen und Bürger von den Windenergieplänen nicht überzeugt werden können, sollte besser keine Entscheidung am Grünen Tisch getroffen werden. Dann kann wohl nur noch ein Bürgerentscheid weiterhelfen", so die Freien Wähler. *red*

Dienstag, 18.06.2013